

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. April 2010

Gesch. Nr. 134/09

Kreditbegehren für eine Lehrerzimmer-Zusammenlegung im Schulhaus Eselriet, Effretikon

[...]

6. GESCHÄFT-NR. 134/09

Kreditbegehren für eine Lehrerzimmer-Zusammenlegung im Schulhaus Eselriet, Effretikon

Das Geschäft wurde durch die Rechnungsprüfungskommission vorberaten. Gemäss deren schriftlichen Abschied vom 26. März ergehen einen Mehrheitsantrag als auch einen Minderheitsantrag.

Der Mehrheitsantrag ist identisch mit dem Antrag des Stadtrates und wird von Jürg Gassmann, SP, begründet.

Namens der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission beantragt Gemeinderat Gassmann, SP, dem Antrag zuzustimmen.

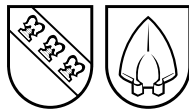
Gemeinderat Jürg Gassmann, SP, führt aus, dass das vorliegende Geschäft der Lehrerzimmerzusammenlegung mehr „Etikette als Inhalt“ suggeriere. Dies verhalte sich bei näherer Betrachtung jedoch genau umgekehrt. Der gewählte Titel für diese Sachvorlage sei nicht treffend gewählt. Das Kreditbegehren reiche weiter als eine blosse Zusammenlegung der Lehrerzimmer. So würden die Rahmenbedingungen für den heutigen Schulbetrieb markant verbessert.

Die Schulanlage Eselriet besteht aus den beiden Gebäudetrakten A und B, einer Turnhalle und dem Singsaal. In dieser Schuleinheit erteilen 40 Lehrpersonen 300 Schülern Unterricht. Die Anlage wurden in den 70er Jahren erbaut und wurde zwischen 1995 und 2002 teilrenoviert. Allerdings blieben Teile der Fassade, der Haustechnik und die Gestaltung des Innenraums weitgehend im ursprünglichen Zustand. Die räumlichen und organisatorischen Bedingungen entsprechen nicht mehr dem heutigen Standard und den Ansprüchen, wie sie das gewandelte Schulsystem heute stellt. Seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes und den geleiteten Schulen gelten für Schulräume, die den zeitgemässen Unterricht erlauben, andere Kriterien, als zu jener Zeit, in welchem die Anlage Eselriet konzipiert wurde.

Nach rein schulorganisatorischen Aspekten betrachtet, bildet die Anlage Eselriet eine Schuleinheit mit einem Lehrerteam, welches durch einen Schulleiter geführt wird. Die Umsetzung dieses sinnvollen einheitlichen organisatorischen Plans wird erschwert durch zwei einzelne Lehrerzimmer, welche in je einem Gebäudetrakt untergebracht sind. Dieser Umstand begünstigt die Bildung von Unterteams und -gruppierungen innerhalb des Lehrkörpers und erschwert somit die Führungsaufgabe des Schulleiters. Weiter bietet die heutige Raumdisposition wenig Platz für Sitzungen des Lehrerkollegiums; so müssen diese zum Teil im Untergeschoss des Gebäudes B durchgeführt werden. Diese Räume sind oft durch die Nachmittagsbetreuung belegt und für Sitzungszwecke eher ungeeignet. Die Engpässe treten vor allem dann zu Tage, wenn kurzfristige Sitzungen anberaumt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass das Schulleitungsbüro im Trakt A über keinerlei Schallisolationen verfügt und somit vertrauliche Gespräche in diesem Raum nicht gewährleistet werden können. Das Gebäude B verfügt über einen guten Gruppenraum, wogegen eine solche Räumlichkeit im Gebäude A gänzlich fehlt. Das vorliegende Kreditbegehren kann sämtliche diese Mängel beheben und schafft Verbesserungen im Bereich der Küchen, der Zugänglichkeit und ebenso im Bereich der Materialvorbereitung und den Garderoben.

Im Gebäude B entsteht ein neues, stark vergrössertes Lehrerzimmer, wo u.a auch Sitzungen des Gesamtteams statt finden können. Neben dem Lehrerzimmer würde das Schulleitungsbüro eingerichtet werden,



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

Sitzung vom 15. April 2010

welches akustisch von den umliegenden Räumen abgetrennt wäre und den nötigen Schutz der Diskretion gewährleiste. Der Psychomotorik-Therapieraum wird vom Gebäude B in Trakt A verlegt. Ebenso entsteht ein kleiner Raum für die Unterrichtsvorbereitung.

Für die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission stelle dieser Umbau nicht nur Wunschbedarf, sondern nötige Anpassungen für einen qualitativen und zeitgemässen Unterricht dar. Die eingesetzten Kosten mögen überrissen erscheinen; bei näherer Prüfung käme man jedoch zum Schluss, dass dieser Umbau sinnvoll und nötig ist. Die Mehrheit der Kommission attestiert dem Stadtrat den verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Mitteln. Ebenso stellt der Kanton eine Subvention in Aussicht, deren Höhe jedoch noch nicht prognostizierbar ist. Sie mag aber zwischen Fr. 10'000 bis Fr. 25'000.– liegen. Der Antrag wurde sorgfältig ausgearbeitet und die Lehrerschaft steht hinter dem Projekt. Jürg Gassmann, SP, bittet den Rat, den Antrag des Stadtrates zu genehmigen, denn so würden die Rahmenbedingungen für einen adäquaten Unterricht geschaffen. Die SP/JUSO-Fraktion beantragt Zustimmung.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, erläutert den Minderheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission.

Hansruedi Wespi, SVP, konstatiert, dass die Gemeinden in der Regel über zu wenig Spielraum verfügen, sobald über Schulthemen debattiert wird. Vieles werde durch die Bundes- oder kantonalen Vorgaben kanalisiert. Bei diesem Geschäft sieht Wespi eine Gelegenheit, wieder einmal autonom über ein Geschäft befinden zu können, da die Genehmigung dieses Kredites in die Kompetenz des Grossen Gemeinderates fällt. Der Stadtrat - wie auch die Schulbehörden - fahren im Bildungsbereich eine „Salami-Taktik“. Es fehle an Weitsicht und vor allem an der Grundlage eines Gesamtkonzeptes. So würden kostspielige Umbauten an den Schulanlagen jeweils immer in knapp verdaubaren Portionen vorgelegt. Es stehe in der Schulanlage Eselriet in naher Zukunft ebenso die Renovation bzw. der Umbau des Singsaales an, was weitere Fr. 0.5 Mio. bis Fr. 1 Mio. verschlingen wird. Das Votum von Gemeinderat Gassmann suggeriere, dass sich die Gebäulichkeiten in einem maroden Zustand befänden. Die Minderheit möchte darauf hinweisen, dass dem nicht so sei und der allgemeine Zustand immer noch genüge. Ebenso sei zu relativieren, dass die vorhandenen 40 Lehrer wohl kaum alle gleichzeitig Unterricht erteilen und somit ein grosses Lehrerzimmer eher Wunschbedarf sei. Der Nutzen der geplanten Umbauten sei zu wenig gross. Zudem hänge dieser Entscheid wohl eher mit den Wünschen des neu angestellten Schulleiters zusammen als über tatsächlich ausgewiesene Mängel. Klar würden gewisse Verbesserungen erzielt werden, allerdings ist die Realisation derselben nicht zwingend notwendig und stellen einen gewissen Luxus dar.

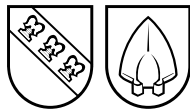
Ein Blick in den städtischen IAFP lässt wohl kaum verneinen, dass in den nächsten Jahren grosse Investitionen auf dem Stadtgebiet anstehen. Die Schule habe nun hinten anzustehen und soll mit ihren Bedürfnissen warten, bis im Schulbereich ein Grundkonzept mit einer gewissen Weitsicht geschaffen wird. Zudem würden andere, kostengünstigere Massnahmen z.B. im Bereich der Schallisolation, ebenfalls die nötigen Verbesserungen schaffen.

Die SVP-Fraktion sieht bei dieser Vorlage eine Möglichkeit Fr. 350'000.- zu sparen und unterstützt den Minderheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission.

Auf Anfrage der Ratspräsidentin melden sich keine weiteren Votanten aus der vorberatenden Kommission.

Die Diskussion wird nun für den Gesamtrat geöffnet:

Das Wort wird Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, erteilt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. April 2010

Gemäss Zimmermann legen beide Seiten gute Gründe dar, für den ihrigen Antrag zu stimmen. Die GP/GLP-Fraktion habe sich noch nicht entschieden. Es gelte nun, die Argumentationen der beiden Vorredner abzuwägen.

Gemeinderätin und 1. Vizepräsidentin Ruth Hildebrand, FDP, ergreift das Wort und schliesst sich der Begründung von Jürg Gassmann an. Bei diesem Projekt handle es sich um mehr als bauliche Veränderungen. In der Privatwirtschaft fallen oft Schlagwörter wie „eine Einheit, eine Kultur“. Die Unternehmen richten sich nach sogenannten „Leitbildern“. Analog dieser Beispiele gelte es auch in der Schule eine Kultur zu erarbeiten, diese zu leben und zu festigen. Der Austausch unter Lehrkräften, Gruppen und dem Plenum sei „ein Muss“. Sicher stelle es eine doppelt schwierige Aufgabe dar, allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Das fundierte Auswahlverfahren schaffe aber eine gute Grundlage mit diesem Konzept eine förderliche Atmosphäre zu schaffen.

Bei der letzten Renovationsphase im Jahre 2002 fanden keine gebäudeinneren Eingriffe statt. Zudem seien solche Entwicklungen des übergeordneten Systems oft nicht vorhersehbar, weshalb der Vorwurf der „Salami-Taktik“ nicht gelten könne. Im Jahre 2002 war das neue Volksschulgesetz noch nicht in Kraft. In diesem Fall biete die etappenweise Renovation somit gar Vorteile. Das Projekt vereint die Lösung der Platzprobleme und gewährt den Informations-Fluss unter den Lehrkräften, ohne Luxus. Der Gewinn sei nicht bezifferbar, aber sicherlich nachhaltig. Die FDP/JLIE-Fraktion ist von der Vorlage überzeugt und beantragt dem Rat die Zustimmung.

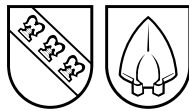
Gemeinderätin Ruth Zubek, CVP, resümiert, dass dem Parlament in vergangenen Jahren diverse Anträge im Bereich der Erweiterung und Umbauten von Schulanlagen (Schlimperg, Neubauten Illnau, Umbau Musikschule und Eselriet) vorgelegt wurden. Der Rat stand diesen Vorhaben immer positiv gegenüber, indem er diese Anträge genehmigte. Ruth Zubek als betroffene Lehrperson hat sich über dieses Wohlwollen stets gefreut. Allerdings stünden nicht nur in der Schulanlage Eselriet, sondern auch in anderen Schulhäusern dringende Renovationen an. Der Anlage Watt sei eine gewisse Dringlichkeit in Bezug auf Renovationen nicht abzusprechen. Die dunklen Räume, und das Fehlen der Schulküche seien für Schüler- und Lehrerschaft unzumutbar. Ein weiteres Problem zeichne sich in Illnau ab. Obwohl dort die Anlage Hagen erst vor ein paar Jahren renoviert wurde, fehle es an der genügenden Zahl von Räumen. So sei es mittlerweile Praxis, Schulklassen zwischen den Standorten Illnau und Effretikon auszutauschen. Der Singsaal sei gemäss dem Minderheitsantrag der RPK, das nächste anstehende Problem. Dieser ist durch die vorhandenen Höhenabstufungen wie ein Hörsaal konzipiert und für den vorgesehenen Verwendungszweck eher unpraktisch.

Grundsätzlich sei in die Beratung solcher Geschäfte auch die rasante Bauentwicklung auf dem Stadtgebiet zu berücksichtigen. In Illnau entstehen auf einem Gebiet rund 80 neue Wohneinheiten. Aufgrund dieser Grundlagen lässt sich bereits ein Minimum-Bedarf von mindestens zwei zusätzlichen Klassen abschätzen.

Gemeinderätin Ruth Zubek, selbst Fachlehrerin, berichtet aus dem Schulalltag der Lehrpersonen. Tatsächlich manifestieren sich die weiten Wege ins Lehrerzimmer als unpraktisch, die Zeit der Pausen werde nicht zur Erholung genutzt, sondern muss als Vorbereitungspuffer der nächsten Lektion, Möglichkeit zum Austausch und zur Absprache unter den Lehrpersonen, usw. hinhalten.

Dem Rat ist die Budgetdebatte bekannt. Die Parteien versuchen da und dort Fr. 20'000.- zu kürzen, was auf das Resultat im Endeffekt schlussendlich eine geringe Wirkung erzielt.

Variante 3 biete gegenüber den Varianten 1 und 2 Vorteile. Stadtrat Bättig hat aber zum „vorsichtigen Ausgeben“ ermahnt. Grundsätzlich gilt es, was finanzielle Ausgaben betrifft, auf die Bremse zu stehen, und genau abzuwägen, was nötig, sinnvoll und finanzierbar erscheint. Bei dieser Güterabwägung bedarf es auch einer gewissen Portion Mut, um auf die Bremse zu treten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. April 2010

Auf dieses Projekt bezogen, muss resümierend gesagt werden, dass diese Umbauten kein absolutes Muss, als vielmehr einen Wunsch darstellen. Dringend nötige bauliche Anpassungen in anderen Schulhäusern seien zu priorisieren. Die vorhandenen Nachteile in der Schulanlage Eselriet stünden dazu im Vergleich in keinem Verhältnis. Eventuell liessen sich die geplanten Umbauten zusammen mit der angemeldeten Sanierung des Singsaales realisieren.

Ruth Zubek ist sich bewusst, dass sie sich mit dieser Aussage beim Lehrerkollegium unbeliebt macht. Allerdings sei sie vom Volk gewählt worden, um haushälterisch mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umzugehen. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates somit nicht.

Gemeinderätin Tanja Bischof, EVP, wird das Wort erteilt:

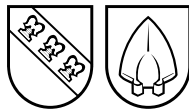
In ihrem Votum unterstützt Tanja Bischof, EVP, den Mehrheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission, obschon sie bisher unschlüssiger Meinung war. Allerdings wiege die Argumentation der RPK-Mehrheit besser, als jene der Minderheit. Die Umbauten sind eine Konsequenz aus der Notwendigkeit der geleiteten Schule. Diese wurde im Jahre 2002 eingeführt. In der Zwischenzeit sind acht Jahre ins Land gezogen, von rasanter Entwicklung und ständigen Investitionen könne somit keine Rede sein. Das Ziel sei eine einheitliche Schule. Eine Ambition, welche die vorherrschende Situation nicht zu gewähren vermag. Allenfalls liesse sich das Problem mit anderen, radikaleren Massnahmen kompensieren. So könnte das Mobiliar für die Ausstattung des Lehrerzimmers bei IKEA angeschafft werden, was die nötigen Einsparungen ermögliche. Spass bei Seite. Die Lehrer hätten in der heutigen Zeit keine leichte Aufgabe. Fehlen die nötigen Begebenheiten, wird diese Aufgabe auch in Zukunft nicht einfacher zu lösen sein.

Gemeinderat Samuel Wüst, SP, ergreift das Wort und äussert sich positiv zur Vorlage. Die Lehrerschaft soll zusammen wachsen. Die Kombination des Lehrer- und des Sitzungszimmers sei schon lange nötig. Zur Salami-Taktik sei gesagt, dass die Umbauten des Singsaals bereits vor 12 Jahren Thema waren; die nötigen Mittagstische usw. wurden aus Kostengründen nie realisiert. Andere Anlagen wurden vernünftig saniert, eine Sparlösung sei an dieser Stelle nicht adäquat, zumal sich die Investition über die Abschreibung wieder relativiert.

2. Vizepräsident, André Büecheler, SVP, präzisiert, dass man sich nicht vom System der buchhalterischen Abschreibung blenden lassen darf. Für diesen Kredit muss Fremdkapital ausgeliehen werden, welches die Stadt über die Zinsen abstottern muss.

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, weist darauf hin, dass das neue Volksschulgesetz VSG per se nicht vorsehe, Lehrerzimmer zusammenzulegen. Zudem müsse sich ein Schulleiter mit den gegebenen räumlichen Bedingungen arrangieren. Es sei ein falsches Zeichen, wenn hier eine Art „Wunschkonzert“ nach Belieben abgehalten werden könne.

Stadträtin und Schulpräsidentin Erika Klossner, FDP, bezieht Stellung. Als erstes sei zu erwähnen, dass der Titel, mit welchem das Geschäft bezeichnet sei, tatsächlich unglücklich gewählt worden sei und ursprünglich als Arbeitstitel fungierte. Diesen Faux-pas möge man bitte entschuldigen, da die Vorlage wesentlich mehr beinhalte, als der Titel verspricht. Die Behauptung von Gemeinderat Miauton, SVP, könne nicht im Raum stehen gelassen werden. Keinem Schulleiter werde ein Privileg für ein persönliches Wunschprogramm einge-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. April 2010

räumt. Dieser Antrag ist das Resultat eines Wunsches der Schulpflege, welcher zusammen mit der Lehrerschaft angeregt wurde. Die Lehrerschaft soll mehr zu einem Team formiert werden. Eine externe Fachgruppe, welche vor einem Jahr eine Schulevaluation durchgeführt hat, weist im abschliessenden Bericht auf das Manko der „räumlich getrennten“ Lehrerschaft hin. Die vorliegende Situation erschwere es, eine gemeinsame Kultur zu schaffen. Es fehlt an Gruppenräumen, die Arbeits- und Sammlungsverhältnisse sind nicht optimal. Die Pausen der Lehrer dienen vielmehr als Austauschgefäss als der Erholung.

Zur Salami-Taktik sei erwähnt, dass man auch von Investitionen auf dem Gummiband sprechen könne. Der Stadtrat versuche wo möglich, Investitionen zu strecken. Im Jahre 2002 bei Einführung der geleiteten Schulen, sei die gewählte Zurückhaltung sicher richtig gewesen, da man noch nicht viel über die Auswirkungen des neuen Volksschulgesetzes in Bezug auf Räumlichkeiten und Liegenschaften wusste. Vielleicht sei es manchmal besser, zu warten, und den vollen Betrag nicht auszuschöpfen, in der Annahme, man kriegt das Geld zu einem späteren Zeitpunkt wieder gesprochen. Dann nämlich wenn man weiss, wohin der Kurs der Reise geht. Erst dann sei es der richtige Zeitpunkt, Investitionen zu tätigen.

Auf Nachfrage werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht. Man schreitet zur Abstimmung.

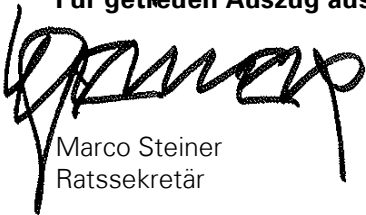
ABSTIMMUNG:

Die Abstimmung erfolgt nach Art. 49 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, wonach gleichgeordnete Anträge nebeneinander zur Abstimmung gebracht werden müssen.

Die Auszählung ergibt:

Der Mehrheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission wird mit 19:13 Stimmen unterstützt.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 16.04.2010
ms